



## Wahlprüfsteine 2017

### des Trägerkreis Rüstungskonversion Jena und der Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24.09.2017 baten wir die Direktkandidaten der Parteien CDU, DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP um ihre Position zu folgenden Fragen darzustellen:

1. Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
  2. Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
  3. Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
  4. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?
- 

**Es antwortet:**

#### **Martina Renner, DIE LINKE, Wahlkreis 193**

1. Ich lehne jede weitere Steigerung des Rüstungsetats ab.
2. Rüstungsexporte dienen der Aufrüstung anderer Länder und fördern Unterdrückung. Deshalb arbeite ich für ein Verbot von Rüstungsexporten, sie dürfen auch nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden. Langfristig muss die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt werden.
3. Eine „deutsche Verantwortung in der Welt“ kann nur eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Deshalb müssen zivilgesellschaftliche Initiativen und völkerrechtliche Mechanismen einer nicht militärischen Konfliktlösung gestärkt werden. Aus diesem Grund arbeite ich in konkreten Fällen selbstverständlich an zivilen Konfliktlösungen.
4. Auf dem Weg zum Verbot der Rüstungs- und Waffenexporte sind Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie unverzichtbar. Diese Umstellung auf zivile Produktion müssen sowohl auch durch die davon betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden als auch mit öffentlichen Geldern – dafür setze ich mich ein.

*(Ungekürzte Antwort vom 16.08.2017)*